

Mit uns müsst ihr rechnen:

28.11.: flashmob im Schlecker XL

Schlecker XL - Hinter der schicken neuen Fassade steckt ein altes Konzept: Gewinnmaximierung auf Kosten der Beschäftigten. Doch es fehlt ein Faktor in der blau-weißen Neuinszenierung: Wir! Dass unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer mieser werden, ist kein Naturgesetz. Ob wir uns mit Klopapier im Sonderangebot zufrieden geben, ist unsere Entscheidung. Ob Schlecker und Co. weiter ihre Ruhe haben, liegt in unserer Hand.

„Der **Begriff Flashmob** (flash – Blitz; mob – von mobilis – beweglich) bezeichnet einen kurzen, scheinbar spontanen Menschaufmarsch auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen, bei denen sich die Teilnehmer üblicherweise persönlich nicht kennen und ungewöhnliche Dinge tun.“
[aus dem online-Lexikon „wikipedia“]

In diesem Sinne laden wir KundInnen und Beschäftigte, Interessierte und Wütende, Junge und Alte ein zu einem flashmob im Schlecker XL. Wenn unsere Bedürfnisse mit Füßen getreten werden, müssen wir uns zusammenschließen. Lasst uns am 28.11. damit anfangen: Als widerständiges Symbol im Alltagstrott, Zeichen der Solidarität an die betroffenen ArbeitnehmerInnen, Sand im Getriebe von Schlecker. Wenn bei Schlecker die Rechte und Bedürfnisse der Beschäftigten keinen Platz haben, dann müssen wir ihnen durch unsere Anwesenheit weichen verschaffen.

Sagt euren FreundInnen Bescheid, bringt Schilder mit euren Forderungen mit, wenn ihr mögt, verkleidet euch – **wir treffen uns am 28.11. um 11 Uhr unauffällig beim Klopapierregal im Schlecker XL**

(Gröpelinger Heerstr. 171).



XL-Terror bei Schlecker

Drogerie-Discounter eröffnet XL-Märkte auf Kosten der Beschäftigten - Schwarz-Gelb legt nach

Schon seit Jahren steht der Name Schlecker für miese Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und die Bekämpfung von Betriebsratsgründungen. In vielen Filialen ist es üblich, dass eine Mitarbeiterin allein für die gesamte Schicht verantwortlich ist. Dass sie auch krank zur Arbeit kommt, auf Toilettengänge möglichst verzichtet und unbezahlte Überstunden in Kauf nimmt, wird wie selbstverständlich vorausgesetzt.

Gewinnmaximierung auf Kosten der Beschäftigten

Mit einer neuen Expansionsstrategie will Schlecker jetzt den Druck auf die Beschäftigten noch zusätzlich erhöhen. Unter dem Namen „Schlecker XL“ werden neue und größere Filialen eröffnet, kleinere sollen geschlossen werden. Doch nicht nur das Firmen-Logo und die Markteinrichtung erscheinen in neuer Aufmachung. Im Zuge des Projekts „Schlecker XL“ wird auch vielen MitarbeiterInnen der alten Filialen gekündigt. Umgekehrt werden neue MitarbeiterInnen bei der von Schlecker eigens gegründeten Leiharbeitsfirma „Meniar“ angestellt – für unter 8 Euro statt wie vorher ca. 12 Euro pro Stunde für gelernte Kräfte. Mit diesem arbeitsrechtlichen Trick will das schuldenfreie (!) Unternehmen eine über 30-prozentige Lohnkürzung durchboxen. Rechtlich ist das – wie auch die bisherigen Gerichtsprozesse gezeigt haben - nicht haltbar, denn Schlecker XL und „Meniar“ sind hundertprozentige Töchter des Schlecker-Konzerns. Doch die Unternehmensführung setzt darauf, dass nur ein Bruchteil der Betroffenen den langen Weg der arbeitsgerichtlichen Klage auf sich nehmen wird.

Schlecker spekuliert auf staatliche Lohnsubventionen (Kombilöhne)

Die SchleckerXL-Strategie scheint es darauf anzulegen, einen neuen Negativ-Rekord bei Arbeitsbedingungen im Discounter-Gewerbe aufzustellen: Teilzeitverträge über 19 Stunden pro Woche à 8,- EUR (also 630,- EUR im Monat), lange Anfahrtswege auf eigene Kosten, kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Leben kann davon niemand – das weiß auch Schlecker und empfiehlt deshalb ergänzendes

Hartz IV. Wer in einer „Bedarfsgemeinschaft“ lebt, bekommt noch nicht einmal staatliche Unterstützung, sondern muss den Lebenspartner in Anspruch nehmen. So werden die meist weiblichen Schlecker-MitarbeiterInnen systematisch in die finanzielle Abhängigkeit von ihren (Ehe)Männern gedrängt – obwohl sie arbeiten.

Doch es geht auch um Aldi, Plus, Lidl, kik und andere!

Im gesamten Einzelhandel liefern sich die Unternehmen eine Konkurrenzkriegsschlacht auf Kosten der Beschäftigten – sei es in den hiesigen Märkten oder bei den Zulieferern in aller Welt. Das bedeutet immer schlechtere Arbeitsbedingungen, Bespitzelung, Willkür, Mobbing und ungerechtfertigte Abmahnungen und Kündigungen. Tarifverträge und Schutzrechte werden unterlaufen – auch viele namhafte Unternehmen wie etwa C & A, Peek & Cloppenburg, Woolworth, Hornbach, Ikea, KiK, Netto, Norma, Rossmann und Tchibo halten sich nicht mehr an die Flächentarifverträge (Stand 2008). Und das, obwohl das Tarifeinkommen im Einzelhandel ohnehin schon 20 % unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Die Belegschaften bestehen immer weniger aus Vollzeitbeschäftigten. Zunehmend werden Teilzeitangestellte, LeiharbeiterInnen und MinijobberInnen eingestellt, die für weniger Gehalt, ohne Urlaubsgeldanspruch und ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall die Regale befüllen und die Kassen abfertigen. Nur noch 50 Prozent aller Beschäftigten im Einzelhandel arbeiten in Vollzeit, entsprechend verdient fast ein Drittel weniger als 7,50 EUR pro Stunde, zwölf Prozent sogar weniger als 5 EUR. Gleichzeitig sind die Gewinne im gesamten Einzelhandel zwischen 2000 und 2006 um 64,3 Prozent gestiegen (trotz Pleiten wie jüngst bei Karstadt bzw. Quelle).

Mehr Netto vom Brutto? Nicht für GeringverdienerInnen!

Die Wirtschaftskrise verschärft diese Entwicklung. Obendrein beabsichtigt die neue Regierung insbesondere Gering-VerdienerInnen zur Kasse zu bitten. So hat sich Schwarz-Gelb vorgenommen, die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung festzuschreiben. Hieraus folgt, dass künftige Mehrkosten im Gesundheitswesen allein von den ArbeitnehmerInnen getragen werden müssen. Die geplante Einführung einer „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen bedeutet außerdem, dass Gering-VerdienerInnen einen vergleichsweise größeren Teil ihres Lohnes abführen werden als Menschen mit hohem Einkommen. Vervollständigt wird dieses Umverteilungsprogramm durch die ins Auge gefasste Steuerreform: Denn NutznießerInnen sollen ausschließlich die so genannten Leistungsträger der Gesellschaft sein, also diejenigen,

die ohnehin schon mehr haben als der Durchschnitt: Ihnen winken spürbaren Entlastungen, hierzu gehört auch, dass Erbschaften weiterhin nicht gebührend besteuert werden dürften.

Wir protestieren gegen die Arbeitsbedingungen bei Schlecker XL und fordern auch Kundinnen und Kunden zum Protest auf. Von Schlecker fordern wir: Keine XL-Märkte auf Kosten der Beschäftigten! Den Gesundheits- und Steuerplänen der schwarz-gelben Regierung erteilen wir ebenfalls eine Absage. Wir fordern stattdessen eine echte Umverteilung von oben nach unten! Um das zu erreichen, ist Protest und Widerstand möglichst vieler Menschen nötig, denn das Ziel ist und bleibt eine solidarische Gesellschaft!

Bremer Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“
kapitalismuskrise.org/bremen

mayday-Bündnis Bremen
mayday-bremen.de

Frikadellen:: Maultaschen:: Pfandbons::

Unter Stichwörtern wie ‚Maultasche‘, ‚Frikadelle‘ oder ‚Pfandbons‘ sind so genannten Verdachtskündigungen derzeit in aller Munde. Beinahe wöchentlich werden neue Fälle bekannt - sei es, dass das Handy am Arbeitsplatz aufgeladen wurde oder Essensreste mit nach Hause genommen wurden. Prominentestes Beispiel ist der Fall der Berliner KassiererIn Emmely, die nach über 30 Jahren bei Kaiser`s wegen eines angeblich unterschlagenen Pfandbons in Höhe von 1,30 EUR gekündigt wurde. Emmely ließ das nicht auf sich sitzen und klagte gegen die Kündigung.

Die Revision beim Bundesarbeitsgericht ist noch nicht entschieden. Gelohnt hat sich die Emmely-Kampagne aber jetzt schon, denn es dürfte kein Zufall sein, dass plötzlich derart viele vergleichbare Fälle bekannt werden. Die Botschaft von „Verdachtskündigungen“ ist simpel: Sie sollen Beschäftigten unmissverständlich vor Augen führen, dass sie jederzeit unter irgendeinem Vorwand kündbar sind. Das Engagement im Betriebsrat oder der Streik für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen soll auf diesem Wege zum persönlichen Risiko werden.

Dem gilt es eine andere Botschaft entgegenzusetzen: Wenn Beschäftigte sich solidarisch zusammenschließen und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, ist Widerstand möglich – nötig ist er sowieso!